

Reaktion auf Corona › Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern e.V.

von VLAB

4-5 Minuten

Als Reaktion auf die gravierenden ökonomischen Folgen der Corona-Krise fordert der Verein für Landschaftspflege und Artenschutz in Bayern e.V. (VLAB) ein sofortiges Moratorium beim Ausbau volatiler Energiequellen. „Es wäre extrem fahrlässig, wenn man in Zeiten wie diesen mit einem weiteren Ausbau unzuverlässiger Energiequellen auch noch einen Zusammenbruch der Energieversorgung riskiert“, sagte VLAB-Vorsitzender Johannes Bradtka. Zudem dürfe die darniederliegende Wirtschaft nicht mit weiter steigenden Strompreisen geschwächt werden. „Ökonomische Krisenzeiten sind leider immer schlechte Zeiten für den Natur- und Umweltschutz. Deswegen muss jetzt alles getan werden, um einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.“

Weil die Corona-Krise die Schlagzeilen beherrscht, war es um die Energiewende und den Ausbau der Windkraft in den vergangenen Wochen recht still geworden. Doch jetzt werden erneut Forderungen laut, die sogenannte „dezentrale Energiewende“ im Rahmen eines „Green Deals“ zu beschleunigen und dafür auch finanzielle Mittel aus den zahlreichen Corona-Rettungspaketen zu verwenden. „Wir haben schon mehrmals schlüssig dargelegt, dass es unmöglich ist, ein Industrieland wie Deutschland nur mit Wind- und Sonnenenergie zu versorgen, ungeachtet der gravierenden

ökologischen und landschaftsästhetischen Schäden, die ein derartiges Unterfangen anrichten würde“, sagte Bradtka als Reaktion auf entsprechende Äußerungen aus Kreisen der erneuerbaren Energiewirtschaft.

Die Corona bedingte energiepolitische Denkpause müsse dazu genutzt werden, um die unrealistischen Windkraftpläne kritischer als bisher zu prüfen, den berechtigten Anliegen des Landschafts- und Artenschutzes zu ihrem Recht zu verhelfen und endlich ein ökologisch, ökonomisch und sozial tragfähiges Energiekonzept auf den Tisch zu legen.

Die Vorstellung einer autarken Energieversorgung aus angeblich „erneuerbaren Energien“ sei angesichts der zunehmenden Infragestellung globalisierter Lebensstile auch infolge der Corona-Pandemie zwar äußerst populär, aber vollkommen unrealistisch. Dies müssen die verantwortlichen Politiker endlich zur Kenntnis nehmen, so die Forderung des Verbandsvorsitzenden.

Corona bedeute sicher nicht das Ende der Globalisierung. Trotzdem sei es sinnvoll, in Schlüsselbereichen der Wirtschaft ausreichend nationale und europäische Kapazitäten vorzuhalten. Dies betreffe auch die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln aus ökologisch nachhaltiger bäuerlicher Landwirtschaft. „Die Corona-Pandemie darf nicht zu einem beschleunigten Bauernsterben führen und zur weiteren Bevorzugung von Großproduzenten.“ Hier müsse nach Meinung des VLAB-Vorsitzenden die Politik Vorsorge treffen. Außerdem sei zu gewährleisten, dass der aktuelle Boom des Onlinehandels nicht zu einem flächendeckenden Ladensterben führe, was insbesondere kleine Familienbetriebe in den Ruin führen und ein weiteres Anwachsen des umweltschädlichen Lieferverkehrs zur Folge haben würde.

Verwundert zeigte sich der VLAB-Chef darüber, dass die derzeit darniederliegende Weltwirtschaft für manche Umweltschützer

offenbar ein Grund zur Freude sei. „Dass die Klima schädlichen Emissionen infolge des wochenlangen Shutdowns gesunken sind, ist alles andere als ein Grund zum Jubeln“, sagte Bradtka. „Wir stehen womöglich vor einer Weltwirtschaftskrise, die alles in den Schatten stellt, was wir seit Kriegsende erlebt haben. Wer dies für einen begrüßenswerten Fortschritt im Klimaschutz hält, beweist einmal mehr, dass er auf dem sozialen Auge blind ist. Natur- und Klimaschutz sei nur mit den Menschen zu machen, nicht gegen sie.“